

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Dietrich Sperling MdB zu Bedingungen und Grenzen der internationalen Verantwortung der Deutschen: Die leidige Blauhelm-Debatte

Seite 1

Michael Müller MdB erläutert zentrale Thesen eines Programms zur sozialen und ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft, das von der Arbeitsgruppe "Umwelt" der SPD-Fraktion formuliert wurde: Ökologie als Organisationsprinzip für die Gesellschaft (Teil II und Schluß).

Seite 4

48. Jahrgang / 130

13. Juli 1993

Die leidige Blauhelm-Debatte

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die SPD wird an dieser Debatte krank, weil sie 'methodisch' falsch geführt wird. Wir fragen nicht:

1. Wie sieht die Sterbenswirklichkeit auf Erden aus?
2. Kann man sie ändern?
3. Welche Rolle soll Deutschland bei der Änderung angesichts bereits übernommener Mitgliedspflichten bei UNO und KSZE spielen?
4. Gibt es eine sozialdemokratische Tradition völkerrechtlichen und internationalen Denkens, die zu beachten wäre?
5. Wie muß danach die Verfassung angepaßt werden?

Statt dessen sagen wir: Unsere Verfassung verbietet Militäreinsätze außerhalb der Bündnisgrenzen, läßt aber humanitäres Handeln auch von Militärs dort zu. Das soll so bleiben!

Und wir fügen hinzu, daß sogenannte "Blauhelmeinsätze", die nicht dem Erkämpfen, sondern dem Bewahren des Friedens dienen, verfassungsrechtlich möglich gemacht werden sollen. (Bremer Parteitag).

Richtet sich nun die Lebens-, besser "Sterbenswirklichkeit" auf Erden nach dem von uns benutzten Unterscheidungsmerkmal: friedensbewahrend (also: zulässig) oder friedensschaffend (also: unzulässig)?

Leider nicht. Wer sich Konflikte anschaut, findet unterscheidbare Austragungsformen, aber die wechseln in den Konflikten, und sie überschreiten die Unterscheidungsgrenze im Verlauf der Entwicklung des Konfliktes. Da mag ein Konflikt zu einem rein humanitären Einsatz auffordern, wie in Somalia. Dort gab es hunderttausende Hungertote - und man mußte Versorgungsgütern den Weg bahnen. Dieser Weg aber führte durch umkämpftes Gelände. Der Kampf läßt sich nicht einfach als Krieg zwischen Staaten oder als Bürgerkrieg bezeichnen. Eigentlich gibt es in Somalia gar keinen Staat mehr. Und die Kampfgruppen kämpfen auch nicht um staatliche Macht. Sie

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Tinten
wurden/wird/werden
Recycling-Papier



kämpfen um kriminelle Herrschaft und sie begehen Kriminalität in großem Maßstab. Im Lande gibt es niemanden, der diesen Zustand abschaffen könnte: Die Waffen sind alle in kriminellen Händen. Ein solcher Zustand ist im Völkerrecht nicht vorgesehen. Darf dann eingegriffen werden? Ist ein solcher Eingriff eine "militärische Intervention"? Betreiben wir mit dem Hin- und Herwenden klassischer Begriffe, statt der Analyse des Sachverhaltes, noch irgendetwas "Nützliches" gegen die Sterbenswirklichkeit? Oder wollen wir nur zu unserem Inneren Seelenheil eine komplizierte Debatte vermeiden, in der uns unsere scheinbare Begriffswelt verlorenzugehen droht?

Die unter uns, die an "Blauhelmeinsätzen" (friedensbewahrend) festhalten und alles andere fernhalten wollen, verweisen auf den Golfkrieg - und da haben sie recht. An dem hätte kein deutscher Soldat teilnehmen sollen, weil er ein Interventionskrieg im Interesse einer Supermacht war.

Und sie verweisen darauf, daß der Somalia-Einsatz der USA auch unter USA-Interessen stattfand (richtig), und zwar innenpolitischen Wahlkampfzwecken. Der frühere Präsident Bush wollte sich angesichts der täglichen Fernsehbilder als "harter Mann" zeigen.

Aber auch falsche Interessen können zu richtigem Handeln führen, wie die Wirklichkeit beweist: Bisher hat es den Völkern in Somalia geholfen, das Verhungern ganz entscheidend zu verringern, auch wenn keine Stabilität für's innere politische Leben bisher dabei bewirkt wurde. Zerstört wurde sie aber auch nicht; es gab sie nämlich nicht mehr.

Wir müssen in jedem Einzelfall entscheiden: In manchem kann man helfen, wenn man es richtig macht. In anderen Fällen kann man nur widerwillig zuschauen, weil man das Sterben durch eingreifen nur vermehren würde, nicht beenden - so vermutlich in Ex-Jugoslawien.

Man sollte schon Prinzipien haben - aber nicht solche, die einen unterschiedslos (prinzipiell) hilflos machen. Allerdings muß man in jedem Fall sich mit den Warnungen mancher Friedensforscher auseinandersetzen, die aufzeigen, daß bisherige "Einsatzformen" des Militärs am Ende der Destabilisierung des Landes dienen, das eigentlich "Hilfe" bekommen sollte - so, daß es nach "Abzug" der "Einsatzkräfte" der Hilfe von außen mehr bedurfte als vorher.

Was folgt nun daraus?

1. Wer den Veränderungen der Wirklichkeit nicht nur deutend zuschauen will, der muß sich mehr überlegen als "Begriffe" und Unterscheidungsmerkmale.
2. Wer die Veränderungen (die ohnehin stattfinden) steuern will, muß sich (und anderen) Hilfen möglich machen, nicht nur rechtlich, sondern tatsächlich. Dazu braucht man
3. Einsatzgruppen, die nicht als Besatzer sondern als Helfer kommen, die dementsprechend Ausrüstung und Uniform wechseln können, weil nicht dauernd das Tragen militärischer Kennzeichen nützlich sein wird. Aber es wird Situationen geben, in denen es Großkriminalität zu bekämpfen gilt, mit just den Waffen, die die Banken auch haben und einsetzen.
4. Man muß Formen nutzen, die einen "Einsatz" von den national staatlichen Interessen großer und kleiner Mächte trennen. Also: Der Weg zur Welkinnenpolitik ist nur dadurch zu verfolgen, daß man mit internationalen Organisationen "Einsätze" macht, nicht aber in nationalen Koalitionen - gegebenenfalls mit dem Segen solcher Organisationen. Das gilt für

die UNO, es gilt auch für die KSZE. In der strikten Bindung an diese internationalisierte Einsatzform liegt die Grenze, die die SPD ziehen sollte, nicht in dem mehr oder weniger militärischen Charakter des Einsatzes. Menschenrechte lassen sich in anderen Ländern nur durch internationale Organisationen, nicht durch fremde Nationalstaaten erkämpfen helfen. Die Verfechter von Menschenrechten dürfen nicht in den Geruch geraten, Diener fremder Nationalinteressen zu sein.

Die bisherige Linie der begrifflichen Unterscheidungen führt übrigens immer wieder dazu, zum Bundesverfassungsgericht zu laufen und klären zu lassen, ob die Entwicklung eines Konfliktes nicht dazu führte, daß eine zulässige "Einsatzform" in eine unzulässige sich verwandelt hat. So würde es auch gehen, wenn man bestimmte Einsatzformen an eine einfache und andere Einsatzform an eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag binden wollte.

Wir brauchen eine andere Linie, um mit der Sterbenswirklichkeit anders umgehen zu können als bisher: und als ein einheitlicher deutscher Staat, der nicht mehr in einem Ost-West-Konflikt gespalten ist, müssen wir unsere Rolle neu bestimmen, weil eine Vergangenheit zu Ende gegangen ist. Das heißt nicht, unsere Vergangenheit zu vergessen und munter drauf los zu militarisieren. Aber es bedeutet, daß die Satzungspflichten für UNO-Mitglieder uns nun anders treffen als bisher, Gründe für's Beseitigensein sind entfallen. Wir können aber Bedingungen für's Mitwirken nur formulieren, wenn wir in Grenzen zum Mitwirken bereit sind. Auf diese Grenzen können wir mit unserer unseligen Vergangenheit noch eine Weile verweisen. Das können wir vor allem dann, wenn wir vor Alleingängen von Nationalstaaten und ihren Koalitionen warnen und uns auf "echte" UNO- (oder KSZE-) Aktionen beschränken. Wenn die anderen unser Mitwirken wollen, müssen sie das entsprechende Handeln halt internationalisieren.

Dies läge völlig in der Tradition der SPD, die fast immer in ihrer Geschichte den Nationalstaaten die Kriegsführungsmöglichkeiten beschneiden und internationalen Organisationen die Konfliktregelung übertragen wollte.

Was wir allerdings wieder aufnehmen müßten, ist eine andere Tradition der SPD: Die Welt verändern zu wollen zu unseren Grundwerten hin - aber in der Wirklichkeit und nicht in der begrifflichen Widerspiegelung. Und dazu müssen wir wissen, was ist, also analysieren - und nicht Iostrompeten, was wir wollen: Also guten Willen demonstrieren, unabhängig davon, ob und wie er wirklichkeitsmächtig nützlich gemacht werden kann.

Die in der Wirklichkeit vorhandenen Handlungsspielräume (unser Können) müssen uns bekannt sein, bevor wir entscheiden, was wir wollen. Statt dessen formulieren wir juristisch sauber, was wir wollen, um uns dann als juristisch handlungsfähig in der Wirklichkeit wiederzufinden.

Der moralisch begründete Voluntarismus war nie sonderlich hilfreich - nicht in der Innen- und auch nicht in der Außenpolitik. Vernünftiger wäre es zurückzukehren zur Analyse der vorhandenen - auch der eigenen - Interessen. Und einem langfristig angelegten, und damit "aufgeklärten" Egoismus zu folgen.

(-/13. Juli 1993/rs/fr)

Ökologie als Organisationsprinzip für die Gesellschaft (Teil II)
Ausführungen vor der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema "Umwelt"

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

These 4:

Die Überwindung von Umwelterstörung, Arbeitslosigkeit und Armut ist möglich, wenn wir einen Strukturwandel einleiten. Wir schlagen vor, eine Politik der sozialen und ökologischen Modernisierung ins Zentrum einer großen Gemeinschaftsanstrengung zu stellen.

Wir erleben derzeit das zeitgleiche Zusammentreffen verschiedener wirtschaftlicher Krisenphänomene, die mit den alten Antworten nicht mehr zu lösen sind und deren Bewältigung eine große Kraftanstrengung verlangt:

- den tiefsten Konjunktursinbruch der Nachkriegszeit;
- die ökonomischen Folgen und Fehler beim Vereinigungsprozeß;
- der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung;
- die hohen volkswirtschaftlichen Verluste durch Umwelt- und Gesundheitsschäden.

Diese Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen sind nicht kurzfristiger Art. Und sie sind mit den alten Wachstumskonzepten nicht zu bewältigen. Notwendig ist ein großer innovatorischer Schub zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Hierfür eröffnet die Ökologie große Chance.

Ich knüpfe damit auch an einen Gedanken von Rudolf Scharping an, den er bei seiner Wahl in Essen vorgetragen hat: "Unser Reichtum (ist) in einem beachtlichen Umfang trügerisch, denn seine fortwährende Produktion im alten Stil untergräbt die eigenen Grundlagen, auf denen er erwirtschaftet wird". Dies ist die zentrale Begründung für den Kurswechsel.

"Setzen sich die heutigen Trends fort, gibt es keine gute Zukunft.", so heißt es auch in unserem Berliner Grundsatzprogramm. Die Alternative für die weitere Entwicklung wird deutlich: Entweder autoritäre Formen von Erzwingung, weil wir nicht fähig sind, frühzeitig unsoziale und umweltschädliche Entwicklungen zu verhindern, oder die Einleitung einer Reformpolitik sozialer und ökologischer Gestaltung, solange es hierfür noch Spielräume gibt. Dies ist die Zukunftsverantwortung der SPD, der wir uns nicht entziehen dürfen:

Sie muß mit Ihrer Politik folgende Ziele gleichzeitig zu verbinden suchen:

- Fortschritt, durch ökologisch-ökonomische Modernisierung,
- Gerechtigkeit, durch eine dauerhafte Entwicklung, und
- Integration, durch die Zusammenführung sozialer Gruppen.

Von daher geht es um die Neujustierung der Politik, um die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Isolierte Einzellösungen helfen nicht weiter. Stattdessen muß die Politik fähig werden,

- die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt zu sehen und die einzelnen Ziele, Bereiche und Instrumente miteinander zu verzahnen,
- das Allgemeinwohl durchzusetzen. Nur mit einer derartigen Neubestimmung wird es möglich werden, die Zerstörung des sozialen Gewebes unserer Gesellschaft zu stoppen und die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen zu beenden.

Dies ist auch eine moralische Frage, die in erster Linie eine politische Strategie erfordert, zu deren Ausgestaltung die SPD gefordert ist. An unserem Verhalten entscheidet sich, ob es durch eine Politik sozialer und ökologischer Modernisierung zu einem Strukturwandel hin zu einer dauerhaften Entwicklung kommt.

Dieser Strukturwandel ist freilich mit den Methoden des quantitativen Wachstums und den bisherigen Formen der Konfliktaustragung nicht zu erreichen. Denn das exponentielle Wachstum von Wirtschaft und Technik gerät immer deutlicher an Grenzen. Es schlägt in Rückschritt um, weil es mit der Endlichkeit und Störanfälligkeit der Erde nicht in Einklang gebracht werden kann. Deshalb müssen wir jetzt zu einem neuen Grundkonsens für die ökologische Modernisierung kommen. Ein ähnlicher Konsens wie der, den wir in der Nachkriegszeit für den Sozialstaat hatten.

In unserer Gesellschaft, die komplex ist und ohne gegenseitige Rücksichtnahme nicht auf Dauer existieren kann, muß es im Interesse des Fortgangs des Ganzen zu einem fairen Interessenausgleich und dauerhaften Gleichgewicht kommen. Ohne diese "tätige Pflege" einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Gesamtrationalität ist keine dauerhafte Entwicklung der Gesellschaft möglich.

Dies führt gerade aus ökologischen Überlegungen zu der These, daß - anders als Dahrendorf das behauptet - die großen Ideen der Sozialdemokratie von "Gerechtigkeit" und "Solidarität" nicht überholt sind. Im Gegenteil: Darin liegen mehr denn je unbedingte Voraussetzungen zur Lösung der großen Zukunftsprobleme.

Die Umweltzerstörung und die wachsende soziale Ungleichheit sind zu überwinden, wenn es wieder zu mehr Solidarität und Verantwortung in der Gesellschaft kommt. Die Schwierigkeiten der Politik und speziell der SPD liegen nicht im Ziel, sondern in den Methoden ihrer Politik: Sie können mit der vorrangigen Ausrichtung auf das technisch-ökonomische Wachstum nicht erreicht werden. Dieses Verständnis von Fortschritt ist an den harten sozialen und ökologischen Realitäten zerbrochen.

Genau wie die Sicherung des sozialen Friedens erfordert auch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen die richtige Mischung aus positiven und negativen Rückkoppelungen, die einseitige Dominanz der Ökonomie ist dazu nicht in der Lage. Unsere Gesellschaft braucht vielmehr kulturelle, soziale und ökologische Ausgleichskräfte, die den Gesamtprozeß von Entwicklung sichern und Brüche verhindern.

These 5:

Konservative wie grüne Politik können die Umweltkrise nicht lösen. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen erfordert eine gesellschaftliche Reformpolitik. Der Schlüssel hierfür liegt vor allem bei der SPD. Mit diesem Selbstverständnis kann sie mit sehr viel größerem Selbstbewußtsein in der Umweltdebatte auftreten.

Es ist ein Trugschluß konservativer und wirtschaftsliberaler Ideologien, sie könnten die Zukunft durch den Rückzug der Politik aus Staat und Gesellschaft sichern. Marktradikalismus und die Privatisierung öffentlicher Güter als ideologische Grundprinzipien müssen deshalb scheitern, weil nicht vereinbar sind mit dem Ziel, einen sozialen und ökologischen Generationenvertrag zu schaffen. Konservative Umweltpolitik nimmt die Produktion vollendeter Tatsachen hin, um anschließend die größten Schäden gerade einmal unzulänglich abzumildern. Gestaltung ist aus ideologischer Ignoranz verpönt. Dadurch wachsen nicht nur die volkswirtschaftlichen Verluste durch ökologische und gesundheitliche Schäden, auch die ökonomischen Entscheidungen gehen in falsche Richtungen. Die Fehlallokationen nehmen zu.

So hat beispielsweise das Fraunhofer-Institut ISI im Oktober 1992 eine Studie veröffentlicht, wonach die jährlichen Kosten der Umwelt- und Gesundheitsschäden auf 610 Mrd. DM für die Bundesrepublik addiert werden. Die Umweltschutzinvestitionen betragen dagegen nur 35 Mrd. DM. Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums über "Externe Kosten" kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Statt die sozialen und ökologischen Schäden von Anfang an zu vermeiden, zumindest so gering wie möglich zu halten, werden sie anschließend teuer und aufwendig repariert. Die Umweltpolitik setzt erst am "Ende des Schornsteins" oder am "Ende der Röhre" an, also in der Nachproduktions- und Nachgebrauchsphase. Statt dessen wäre es notwendig, die Innovationskraft von Technik, Wissenschaft und Wirtschaft von Anfang an auf eine effiziente, sparsame und umweltverträgliche Entwicklung zu lenken.

Dieser Gedanke ist eine Neuauflage von Arbeit und Umwelt, dem Bündnis von sozialen und ökologischen Zielsetzungen in einer gemeinsamen Strategie. Weil dies jedoch nicht geschieht und die Umweltpolitik bis heute nachsorgender Umweltschutz geblieben ist, gelingt es Interessierten Kreisen, die Umweltpolitik als Störfaktor wirtschaftlicher Interessen zu diskreditieren. Sie gerät in die Defensive und droht mit der wirtschaftlichen Krise zu scheitern. In der tragischen Rolle von Herrn Töpfer vom Superminister zur Randfigur im Kabinett wird diese Entwicklung deutlich.

Die strategisch falsche, im Ziel verkürzte und vom Ansatz verfehlt Umweltschutzpolitik kostet viel Geld und erfordert einen immer größeren technischen organisatorischen Aufwand. Dies steht in keinem Verhältnis zu den Verbesserungen, die auf diesem Weg zu erreichen sind. Schließlich ist es eine Illusion, der Staat könnte an jedem Ort und zu jeder Zeit die Einhaltung ordnungsrechtlicher Vorschriften garantieren.

Aber auch die in erster Linie aktionistische Politik der Grünen ist kein Weg, um den ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden. Die folgenlose Ankündigungspolitik von Herrn Töpfer findet hier eine Entsprechung.

Die Umweltpolitik muß innovations- und zielorientiert auf eine neue Basis gestellt werden. An die Stelle einer übertriebenen und kompensatorischen Regelungsdichte muß, wo immer es geht, der Rahmen für eine ökologische Selbstregulierung treten. Er ist ausgerichtet auf Ziele wie Effizienzsteigerung und Sparsamkeit bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen, Minimierungsgebote bei der Belastung der Stoffkreisläufe sowohl bei der Nutzung von Naturgütern wie bei der Anreicherung mit Emissionen, integrierter Umweltschutz und die Systeme einer Kreislaufwirtschaft. Im Programm nennen wir das "Wohlstand durch Vermeidung".

Aus diesem Grund sollte die SPD sehr viel selbstbewußter Ihre Ziele und Konzepte zur sozialen und ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nach vorne stellen. Sie kann mit damit wichtige und politisch engagierte Wählerschichten binden. Wir sollten das Potential nicht aufgeben, daß heute "grün" wählen würde.

Eine als innovations- und Reformstrategie ausgerichtete Umweltpolitik können wir zu einem wichtigen Kapitel unserer programmatischen und praktischen Politik machen und damit zu einer Grundlage für den Wechsel in der Bundesrepublik. Wir bekommen wieder ein klareres Reformprofil.

These 6:

Die Wirtschafts- und Umweltpolitik muß auf eine neue innovatorische Basis gestellt werden. Wirtschaftliche Krisen sind kein Argument, den Prozeß der ökologischen Modernisierung zu stoppen. Vielmehr sind Krisen auch darauf zurückzuführen, daß Erneuerungen ausgeblieben sind.

Forderungen nach einem Stillstand in der Umweltpolitik sind nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch unsinnig. Freilich darf die Umweltpolitik nicht länger auf Reparatur und Nachsorge beschränkt werden. Sie muß vielmehr zu Leitlinie und Ziel für Innovationen werden.

Dies erfordert, daß die Umweltpolitik nicht länger am Ende der Prozesse ansetzt, sondern bei den Verfahren und Produkten selbst, also beim Input von Energie, Rohstoffen, Materialaufwand, Landverbrauch u.ä. sowie bei der Optimierung von Verfahren und Produkten. Hierbei

geht es nicht um geringfügige Verbesserungen, sondern unser Ehrgeiz und unsere Kreativität müssen darauf ausgerichtet werden, Quantensprünge möglich zu machen. Sie sind möglich, wenn man beispielsweise das ungenutzte Potential oder die entgegenstehenden Hemmnisse für eine Politik der Energieeinsparung oder der Minimierung von Schadstoffen in Rechnung stellt.

Die ökologische Modernisierung ist prinzipiell ein Nutzenfaktor, der sich ökonomisch positiv auszahlt, wenn Energie gespart wird, Produkte langlebiger und Stoffkreisläufe geschlossen sowie Abfall und Transportleistungen verringert werden. Dadurch werden neue Märkte und Produkte geschaffen, die generell brauchbar sind, die Wertschöpfung verbessern und die Umwelt entlasten. Stichworte einer solchen Politik sind

- Energieeinsparen,
- Aufbau einer Sonnenwirtschaft,
- wo sinnvoll, die Erhöhung der Langlebigkeit von Produkten,
- effiziente Materialwirtschaft,
- Schließung von Stoffkreisläufen und Systeme einer Kreislaufwirtschaft,
- Verringerung von Transportleistungen.

Das sind zentrale Ziele für Innovationen, die heute auf den Weg zu bringen sind, bevor uns andere Industrieländer auch auf diesem Feld überholen werden. Handfeste Anzeichen dafür gibt es.

Eine vergleichende Studie des Wissenschaftszentrums Berlin über die "Umwelteffizienz" der Industrieländer zeigt, daß ein Teil der Wettbewerbsvorteile der japanischen Wirtschaft in den letzten Jahren auch darauf zurückzuführen ist, daß dort eine sehr viel höhere Effizienz bei der Nutzung von Material, Energie und Rohstoffen sowie der Verringerung von Transportleistungen und Abfallaufkommen besteht. Daraus läßt sich ein Wettbewerbsvorteil erzielen, der übrigens auch Spielraum in der Verteilungspolitik schafft.

Eine solche Innovationspolitik ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine dauerhafte Entwicklung, denn sie verbindet

- wirtschaftliche Innovationen,
- neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze,
- höhere Umweltverträglichkeit und
- Schaffung eines gesellschaftlichen Konsens für Risikoabwägung und Interessenausgleich.

Die Umweltpolitik hat sich bisher darauf beschränkt, eine Art "Grenzwächter" zwischen den Sphären der Natur und der Wirtschaft und Gesellschaft zu sein. Jetzt kann die ökologische Modernisierung zur Chance werden, um aus der Krise der Gesellschaft herauszukommen. Die Ökologie kann dabei die Rolle eines Motors für Innovationen einnehmen und die Menschen für diese Ziele motivieren.

Dies erfordert politische Rahmensetzungen, wozu insbesondere die Reform des Umwelts-, Ordnungs- und Genehmigungsrechts sowie die Einführung von Ökosteuern und die Neubalancierung der Mitbestimmung in ökologischen Fragen gehören. Das sind wichtige Grundlagen, um den sozialen und ökologisch ausgerichteten Strukturwandel zu fördern.

These 7:

Die SPD muß jetzt einen Schritt nach vorn machen, um ihren Anspruch einer Reform- und Fortschrittspartei gerecht zu werden. Wir schlagen dafür den "Öko-Deal" vor.

Wir stehen an einer Zeitenwende. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir heute auf vielen Ebenen erleben, sind nicht kurzfristig und vorübergehend. Sie können mit den alten Wachstumskonzepten nicht gelöst werden. Notwendig ist ein Reformschub zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Umweltinvestitionen, Energieeinsparung, Umweltschutz und eine ökologische Material- und Stoffwirtschaft sind wichtige Beiträge, um den Standort Bundesrepublik Deutschland zu sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern und den Aufbau der neuen und den Umbau der alten Bundesländer zu fördern. Eine solche Strategie kann nicht alle Probleme lösen, aber entscheidende Beiträge leisten.

Wir sind heute in einer verfahrenen Situation. In den 30er Jahren haben die USA in der ebenfalls schwierigen Situation nach der Weltwirtschaftskrise die Kraft zu einem Neuanfang gehabt. In der tiefen Depression hieß damals die politische und kulturelle Philosophie "New Deal". Dadurch wurden die Grundlagen für den modernen Sozialstaat geschaffen, der vor allem nach dem 2. Weltkrieg eine lange Phase demokratischer Stabilität und sozialem Fortschritt ermöglicht hat.

Das Motto des damaligen Präsidenten Roosevelts "Eine ungewöhnliche Situation braucht auch ungewöhnliche und neue Antworten" gilt auch heute. Wir müssen auch heute über den Tag hinausschauen und konkrete Perspektiven aufzeigen, die Sicherheit geben und neue Integrationskraft schaffen. Damals war das Mittel der New Deal, heute kann es die soziale und ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sein. In bewußter Anknüpfung nennen wir dies eine Politik des "Öko-Deals".

Wir dürfen uns von den Grünen nicht von den Zukunftsthemen wegdrängen lassen. Insbesondere Joschka Fischers betreibt diese Strategie aus durchsichtigen Gründen. Die SPD ist traditionell die Partei des gesellschaftlichen Fortschritts. Diesen Anspruch muß sie heute neu begründen. Es liegt an uns, ob wir entsprechende Schritte gehen.

(-/13. Juli 1993/rs/fr)
